Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Werktags von Vorm. 8—5 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11—1 Uhr Mittags. Im Neumarkt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., vor Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Umgl.) 3 Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1894.

50 Mk.-Anzüge!!
Sacko-Anzüge nach Maass aus echtem blauen, schwarzen u. braunen Cheviot, sowie in schönen hellen Melangen empfiehlt **Louis Hetze,** Tuchhandlung u. Herren-Garderobe-geschäft, **Bautznerstr. 18**

Specialität!
Baumkuchen,

in bek. tadell. Qual., bei Geburtstags-, Hochzeits- und Tauffestlichkeiten, sowie für jede Tafel pass., vers. tägl. fr. m. Verp. f. 5 Mk. und grösser. Oster-Bestellungen erb. rechtzeitig.
Paul Lange, Conditor, **Bischofswerda,** Sachsen.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Alle technischen Waaren von **Gummi u. Asbest**
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler
Gummifabrik **Reinhardt Leupolt,** Dresden-A., Wettinerstr. 24, Tel. 285.

Atelier für feine **Corsets** nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25. Teleph. A. I. 197.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 80. Spiegel: Ministerkrisen allerorten. Hofnachrichten, Zusammenschluß der Ordnungsparteien, Gesammtrathssitzung, Frühlingsanfang, Gewerbevereln, Was ist Geist und Seele, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Kunstgeschichte von Woermann.

Mittwoch, 21. März.

An die geehrten auswärtigen Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

zweite Vierteljahr 1894

bei dem betreffenden Postamte **baldigst** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.,** in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und **Abbestellungen,** sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

In der inneren Politik Deutschlands ist mit der stillen Charwoche eine wohlthätige Ruhepause eingetreten. Die parlamentarischen Körperschaften, die gleichzeitig in der Reichshauptstadt tagten, sind in die Ferien gegangen, und der Kaiser, der an der nunmehr abgeschlossenen wirthschaftspolitischen Kampagne einen lebhaften persönlichen Antheil genommen hatte, hat sich zur Erholung nach Abbazia begeben. Die große schwebende Frage, ob Graf Caprivi auch in der Gestaltung der nächsten Zukunft seine Stellung behaupten oder die Führung an Miquel abgeben wird, ist zunächst von der Tagesordnung abgesetzt. Damit ist die Krisis vertagt; aus der Welt geschafft ist sie aber nicht und der Reichskanzler hat allen Grund, in der Beschaulichkeit der Osterferien ernsthaft darüber nachzudenken, ob und wie lange er noch in der Lage sein wird, mit der gegenwärtigen Regierungsmajorität die Geschäfte der Reichspolitik fortzuführen. In einer ähnlichen Situation befindet sich der englische Ministerpräsident Rosebery. Sein Debut im Unterhause war eine Niederlage des neuen Kabinets. Die beiden unzuverlässigen Stützen der bisherigen Gladstone'schen Regierungsmehrheit, die Iren und die Radikalen, hatten sich die Hände gereicht, um das Ministerium in eine Minderheit zu versetzen und ihre ausschlaggebende Machtstellung fühlen zu lassen. Die Niederlage hatte zwar keine weiteren Folgen, weil sie nicht als ein ausdrückliches Mißtrauensvotum aufgefaßt wurde; aber sie hat deutlich gezeigt, wie schwierig die Stellung des neuen Kabinets ist und wie schnell sich die Nothwendigkeit ergeben kann, ernsthaft die Vertrauensfrage an das Unterhaus zu stellen. Lord Rosebery wird sehr bald zu erwägen haben, ob er mit der gegenwärtigen Volksvertretung zu regieren vermag oder ob er nicht in nächster Zeit die Entscheidung der Nation anrufen soll. Vorläufig ist die Beantwortung dieser kritischen Frage hinausgeschoben, da auf den Wunsch des Kabinets das Unterhaus beschlossen hat, die Zeit bis Ende März ausschließlich der Erledigung von gleichgiltigen Regierungsgeschäften zu widmen. Nach Ostern aber wird der Augenblick sehr bald eintreten, wo die Wählerschaft befragt werden muß, ob sie nach dem Wunsche der Iren und der Radikalen den Kampf um Homerule und gegen das Oberhaus im Sinne Gladstone's fortsetzen oder die Geschäfte des Landes wieder den Konservativen anvertrauen will.

Wie in London ist es beinahe auch in Paris noch vor den Oster-Ferien zu einer Ministerkrisis gekommen. Trotz des Widerspruches des Ministerpräsidenten Casimir Perier hatte der Senat beschlossen, die Vorlage wegen Errichtung eines eigenen Kolonialministeriums nicht sofort zu erledigen, sondern bis nach Ostern zu verschieben. Ausdrücklich wurde versichert, daß hiermit kein Mißtrauensvotum ausgesprochen sein solle. Casimir Perier faßte die Sache aber ernster auf, als sein englischer Kollege, der die Schlappe, die er bei der ersten Abstimmung im Unterhause erlitt, ruhig hinnahm. Der Chef der französischen Regierung erklärte, daß er die Geschäfte nur weiterführen könne, wenn der Senat ihm ein Vertrauensvotum ertheile und zwar auf der Stelle. Nun hat sich aber der Senat bereits bis zum 24. April vertagt. Er hat sich daher entschließen müssen, eine außerordentliche Sitzung durch telegraphische Einberufung der Senatoren anzuberaumen, um dem gekränkten Kabinetschef sofort die gewünschte Genugthuung zu Theil werden zu lassen. Nach konstitutionellem Brauche war es nicht erforderlich, daß der Konseilpräsident wegen einer werthlosen Formfrage die Kabinetsfrage stellte, da es sich obendrein um ein Votum des Senats handelte, der in Frankreich nur eine ganz untergeordnete Bedeutung besitzt und sich auch niemals eine entscheidende Rolle zu spielen angemaßt hat. Daß Casimir Perier gleichwohl ein Vertrauensvotum als eine unumgängliche Regierungsnothwendigkeit gefordert hat, beweist, daß er das Oberhaus nur als ein gefügiges Werkzeug der Regierung angesehen wissen will. Der Senat wird zweifellos seinem Gebieter das unbegrenzte Vertrauen ertheilen und die Strafe des Nachsitzens für seine Unbotmäßigkeit geduldig hinnehmen. Denn schwerlich wird er sich der Gefahr aussetzen wollen, durch eigenes Verschulden eine Kabinetskrisis heraufzubeschwören, die leicht dazu führen könnte, auch diesseits des Aermelkanals die Frage über die Entbehrlichkeit des Oberhauses in Fluß zu bringen.

Weit bedenklicher als die schwebende Ministerkrisis in Frankreich ist die drohende Regierungskrisis in dem benachbarten Belgien. Noch immer ist die Wahlreform, die dort schon seit Jahren auf der Tagesordnung steht, nicht unter Dach und Fach gebracht worden. Wiederholt hatte es gefährlicher Revolten bedurft, um die immer wieder in's Stocken gerathene Verfassungsfrage in ein lebhafteres Tempo zu versetzen. In letzter Zeit schien es, als ob man endlich dem langersehnten Ziele nahe sei. Die Regierung hatte einen Wahlgesetzentwurf ausgearbeitet, dessen Hauptbestimmungen, abgesehen von dem bereits früher beschlossenen Pluralitätssystem, folgende sind. Die Theilnahme an der Wahl ist für jeden wahlberechtigten Bürger obligatorisch, bei einer Strafe von 1, 2 oder 3 Francs, je nachdem der Wähler das einfache, doppelte oder dreifache Stimmrecht besitzt. Im Wiederholungsfalle wird die Strafe auf 5 Francs für jede Stimme erhöht, im zweiten Wiederholungsfalle wird der Wähler auf die Dauer von 10 Jahren aus der Wählerliste gestrichen und geht für diesen Zeitraum des Rechtes verlustig, zu einem Amte ernannt zu werden. Die wichtigste Frage betrifft die Festsetzung des Verhältnisses der zur Giltigkeit einer Wahl erforderlichen Stimmenzahl. Mit Ausnahme von 9 Wahlkreisen, die nur einen Vertreter zu wählen haben und in denen nach wie vor die absolute Majorität zu entscheiden hat, soll die verhältnißmäßige Vertretung zur Geltung kommen. Die Regierungsvorlage verlangt für die Giltigkeit der Wahl zwei Fünftel sämmtlicher Stimmen in den Bezirken, welche zwei Abgeordnete erwählen; ein Drittel in den Bezirken mit drei Abgeordneten; ein Viertel in den Bezirken mit 4 bis 6 Abgeordneten; ein Fünftel in den Bezirken mit 7 bis 12 Abgeordneten, und ein Sechstel in der Hauptstadt Brüssel. Eine interessante Neuerung betrifft die sogenannten Ersatzmännerwahlen. Ohne die Ergänzungswahlen deshalb abzuschaffen, gestattet nämlich die Regierungsvorlage, gleichzeitig mit den wirklichen Abgeordneten oder Senatoren Ersatzmänner zu wählen, auf welche ein erledigtes Mandat ohne Weiteres übergeht, die aber den Inhaber des Mandates niemals bei nur zeitweiliger Abwesenheit vertreten dürfen. Das System der Proportionalvertretung hat indeß bei der Kammermehrheit keinen Beifall gefunden. Mit 75 Stimmen gegen 49 ist der Entwurf von der gegenwärtigen belgischen Volksvertretung abgelehnt worden. Der Ministerpräsident Beernaert scheint nun endlich der schwierigen Aufgabe überdrüssig geworden zu sein, dem Lande eine neue Verfassung zu geben. Beinahe ein Dutzendmal hat er mit Demission gedroht, aber sich schließlich immer wieder zu Kompromissen herbeigelassen. Diesmal gewinnt es den Anschein, als ob Beernaert ernstlich gewillt sei, zurücktreten. Verwickelt wird die Krisis noch dadurch, daß bei erneuter Verschiebung der Wahlreform die Gefahr entstehen kann, daß der parlamentarische Musterstaat Belgien eines schönen Tages keine Volksvertretung besitzt. Die Vollmachten des gegenwärtig tagenden Parlaments, das vor zwei Jahren als Konstituante behufs Erledigung der Verfassungsrevision und der Wahlreform gewählt worden war, erlöschen nämlich Anfangs Juni, da die Mandatsdauer einer Konstituante verfassungsmäßig nur eine zweijährige ist. Nach Ablauf des Mandats der Konstituante müssen Kammer und Senat vollständig erneuert werden. Nun ist aber die alte Census-Wahlordnung durch die Verfassungsrevision bereits abgeschafft, denn die Grundlinien der neuen Wahlordnung sind schon im verflossenen August als Gesetz erlassen worden. Von diesem Zeitpunkte hatte Belgien seine alte Wahlordnung, die seit 1831 in Anwendung kam, nicht mehr, aber mit den August-Gesetzen hat es wohl die Grundsätze einer neuen Wahlordnung erhalten, jedoch noch keineswegs die Ausführungsbestimmungen, nach denen diese Grundsätze, betr. das aktive und passive Wahlrecht der Staatsbürger, in Zukunft in Anwendung kommen sollten. Die sofortige Lösung der Krisis ist dadurch erschwert, daß König Leopold vor wenigen Tagen Brüssel verlassen hat, um im Auslande einige Wochen der Ruhe und Erholung zu genießen. Merkwürdiger Weise weiß aber Niemand, wo sich der König, der das strengste Inkognito liebt, gegenwärtig aufhält. Man wird daher zunächst so lange warten müssen, bis das gegenwärtige Kabinet überhaupt in der Lage ist, seine Demission einzureichen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. März.

Berlin. Die Ankunft des Kaisers in Fiume erfolgt morgen früh gegen 3 Uhr. Dort begiebt sich der Kaiser an Bord des Schulschiffes „Moltke", auf dem er die Reise nach Abbazia fortsetzt. — Die amtlichen Verordnungsblätter des Reiches veröffentlichen den heute in Kraft getretenen russischen Handelsvertrag und die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz. — Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches berieth in ihren letzten Sitzungen die Bestimmungen über die elterliche Gewalt und vertagte dann die Berathungen des Familienrechtes bis zum 2. April. — Die zur Berathung des Entwurfes von Ausnahmebestimmungen betr. die Regelung der Sonntagsruhe in Zuckerfabriken einberufene Versammlung von Interessenten ist heute unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. von Rottenburg im Reichstage zusammengetreten. An der Besprechung nehmen 7 Gewerbeaufsichtsbeamte, 14 Arbeitgeber und 21 Arbeitnehmer theil. — Die Verwaltung des südwestafrikanischen Schutzgebietes ist anderweit organisirt worden. Der zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amt kommandirte Major Leutwein ist mit Genehmigung des Kaisers bis auf Weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Landeshauptmanns beauftragt worden. Der bisher mit der Stellvertretung des Landeshauptmanns betraute Major von François behält die selbstständige Befehlsführung über die Schutztruppe mit der Maßgabe, daß er den Intentionen des Landeshauptmannes soweit als militärisch möglich, nachzukommen verpflichtet ist. — Herr von Koscielsky ist über die Gründe der Niederlegung seines Reichstagsmandates und deren Konsequenzen interviewt worden. Aus seinen Erklärungen ergiebt sich, daß er mit dem Fürsten Radziwill in einer schwach besuchten Fraktionssitzung bezüglich der neuen Schiffe überstimmt wurde. Die radikale Mehrheit wollte die Bewilligung ablehnen, als Antwort auf die ablehnende Antwort des Kultusministers Dr. Bosse gegenüber den letzten polnischen Forderungen. Zwei Tage später wurde in einer Sitzung der Gesammtfraktion der ursprünglich ablehnende Beschluß wieder umgeworfen. Die Gesammtheit seiner Fraktion, so versichert Herr von Koscielsky, stehe vollständig auf dem Boden seiner Anschauung und es werde das auch in Zukunft so sein. Ein Mandat wird er nicht wieder annehmen. Was man von seinem Eintritt in den diplomatischen Dienst oder von einer ihm zugedachten Oberpräsidentenstelle gesprochen hat, erklärt er für abjud. — Der Kaiser hat den Polizeihauptmann Krause zum Polizeiobersten und Kommandirenden der Polizeischutzmannschaft ernannt. — Der Kaiser soll besonders darüber erfreut gewesen sein, daß bei der geistigen Alarmirung der Truppen die Absperrung auf dem Tempelhofer Felde sich bereits vollzogen hatte, als die ersten Truppen dort anlangten.

Berlin. 11 Sekundaner der zweiten städtischen Realschule wurden, weil sie gegen das Verbot des Direktors Körner's Trauerspiel „Zriny" aufgeführt hatten, von der Schule verwiesen.

Breslau. Der Oberkirchenrath lehnte den Antrag der schlesischen Provinzialsynode ab, den 31. Oktober als kirchlichen Feiertag des Reformationsfestes der ganzen Landeskirche zu erheben.

Breslau. Die Nachricht von der Wiederannahme von 1000 Arbeitern seitens der Friedenshütte erweist sich als erfunden.

Danzig. Auf der Schichauschen Werft fand heute der Stapellauf des ersten der beiden neuen, für die Reichspostdampferlinie des Norddeutschen Lloyd in Auftrag gegebenen Dampfer statt, welcher den Namen „Prinzregent Luitpold" erhielt. Das Schiff besitzt einen Tonnengehalt von mehr als 6000 Registertonnen, bei einer Länge von 138½ Meter und einer Breite von 15½ Meter. „Prinzregent Luitpold" ist bei Weitem das größte Schiff, welches auf der Schichauschen Werft erbaut wurde. Die Taufe vollzog im Auftrage des Prinzregenten der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld. Dem Stapellauf wohnten bei: Der Reichskanzler, die Minister von Bötticher und Thielen, Oberpräsident von Goßler rc.

Danzig. Beim Abgraben der Bastion „Elisabeth" wurden durch einen Erdsturz sieben Arbeiter verschüttet; vier sind gerettet worden, einer ist todt, zwei sind schwer verletzt in das Lazareth geschafft worden.

Hanau. Im Juni vor. Jahres flüchtete der Mühlenbesitzer Conrad Burkhardt wegen großer Betrügereien, vorzugsweise Hypothekenfälschungen im Betrage von mehr als einer Drittelmillion; auf Betreiben einer geschädigten Firma ist er in Chicago verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert worden.

Darmstadt. Eine Versammlung der Standesherren des Deutschen Reiches findet hier vom 1. bis 5. April zur Besprechung gemeinsamer Interessen statt. Der Großherzog stellte der Versammlung Räume in seinem Schlosse zur Verfügung.

Prag. Die Kammer-Neuwahlen sind auf den 10. April, die Eröffnung der neuen Session ist auf den 16. Mai festgesetzt.

Prag. Urtheilsspruch im Prozeß Mrva. Die Angeklagten Dolezal und Dragoun wurden zu je zehnjährigem schweren Kerker mit Strafverschärfungen verurtheilt, ebenso Kritz wegen Mitschuld. Die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen. Die Volksversammlung vor dem Gerichtsgebäude wurde durch die Polizei zerstreut.

Abbazia. Gestern Nachmittag unternahm die Kaiserin mit den drei ältesten Prinzen eine Fahrt nach Lovrana. Hier befindet sich an der weißgetünchten Mauer, die eine malerisch gelegene Villa umzäunt, eine marmorne Gedenktafel, die daran erinnert, daß am 11. Juni 1845 an dieser Stelle König Friedrich August von Sachsen, der eifrige Förderer botanischer Studien, bei seiner Rückkehr von dem Ausfluge nach dem Monte Maggiore gerastet und durch sein entgegenkommendes Auftreten die Herzen der Lovraner gewonnen hat. Zum dankbaren und dauernden Andenken an diesen Tag hat diese Tafel der damalige Bürgermeister von Lovrana bestimmt.

Paris. Ein Journal behauptet, die Polizei sei gestern daran gewesen, Paul Reclus zu verhaften, er sei jedoch durch eine vorlaute Zeitungsnotiz gewarnt und rechtzeitig entschlüpft. — Ein hiesiges Blatt meldet, gestern sei in Poissy ein Deutscher wegen Spionage in dem Augenblick verhaftet worden, als er einen Bauer über die Befestigungswerke der Umgegend ausfragte. Man fand bei ihm Papiere auf den Namen Ward lautend, ferner französische Karten und Pläne.

Brüssel. Der Ministerpräsident Beernaert theilte der Kammer mit, das Kabinet demissionirte und wird die Geschäfte bis zur Rückkehr des Königs provisorisch weiter führen.

Rom. Die Finanzkommission lehnte die Erhöhung der Kapitalrentensteuer auf 20 Proz. ab und nahm nur eine 14prozentige Erhöhung an. Die Steuerforderung der Regierung wurde von der Kommission um 50 Millionen gekürzt, für Heer- und Marine wurden 20 Millionen Ersparniß verlangt. Der Finanzminister lehnte den Beschluß der Kommission ab.

Turin. Kossuth liegt im Sterben, die Athmung erfolgt künstlich.

Turin. Kossuth verbrachte eine sehr unruhige Nacht. Die Athmung ist erschwert. Temperatur 39 Grad.

Belgrad. In zahlreichen Orten Serbiens hat in letzter Nacht ein Erdbeben mit donnerähnlichem Getöse stattgefunden.

Belgrad. Die hier veröffentlichte Mittheilung, wonach der Finanzminister Mijatovitsch beabsichtigt, Staatsnoten mit Zwangskurs auszugeben, wird von unterrichteter Seite als durchaus unbegründet bezeichnet.

Sofia. Der Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Blattes wurde wegen Beleidigung des Prinzen, begangen durch einen heftigen Artikel, zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt.

Athen. Die Kammer nahm den Voranschlag für den Staatshaushalt an.

Die **Berliner Börse** war anfangs gedrückt infolge von Realisationen, namentlich in Bergwerken und östlichen Bahnen. In letzter Stunde beseitigte sich die Tendenz, ausgehend von Hüttenwerthen, infolge der Meldung, daß der schlesisch mitteldeutsche Walzwerk-Verband die Preise erhöht hat. Die Umsätze waren auf den genannten Gebieten recht lebhaft. Banken behaupteten etwa die gestrigen Kurse. Von Eisenbahnen verloren Ostpreußen 2, Marienburger 1, Franzosen ca. 1½ Proz., die übrigen Bahnen wenig verändert. Von fremden Renten Italiener, Russen, Ungarn und Mexikaner fest. Russische Noten zogen 2 Mark an. Türkenlose verloren 1 Mark. Schiffahrtsaktien 1 Proz. niedriger. Im Kassaverkehr 4prozentige deutsche Anleihen höher, 3prozentige nicht behauptet. Northern-Pacific-Werthe zogen 1—1½ Proz. an. Industriepapiere fest bei lebhaftem Geschäft. Privatdiskont 2 Proz. Nachbörse still. — Wetter: schön, windstill.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 300¼. Disconto 192.30. Dresdner Bank 140.50. Lombarden 90¼. Ports 133.70. Ung. Gold 96.80. Portugiesen —.—. Italiener —. Siemens —. Reichsanl. —. Gallizi Dresden —. Ruhig.

Paris. (3 Uhr Nachm.) Rente 99.25. Italiener 76.10. Spanier 66⅝. Portugiesen 21.56. Türken 23.80. Türkenlose 107.50. Ottomanbank 627.00. Staatsbahn 692.50. Lombarden —.—. Matt.

Paris. Produkten (Schluß). Weizen per März 20.20, per Mai August 20.60, ruhig. Spiritus per März 37.00, per September-December 38.25, beh. Rüböl per März 59.25, per September-December 61.00, matt.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 140, per Mai 145. Roggen per März 103, per Mai 102.

New York. Der Hamburger Postdampfer „Rhaetia" ist heute wohlbehalten hier angekommen.

Friedrich & Glöckner empfehlen steinfreiche und Lackfarben, ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften: **Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Lobtan: Tharandterstrasse 4.**